

# **Skript: Mobilisierung zur Demo „VS auflösen – Rassismus bekämpfen“ Am 10. November 2012 in Köln**

## **Folie 1: Deckblatt**

Willkommen zur Infoveranstaltung zur Demonstration „Verfassungsschutz auflösen – Rassismus bekämpfen“ am 10.11.2012 in Köln.

## **Folie 2: Einleitung**

Im November 2012 jährt sich das Bekanntwerden der über sieben Jahre andauernden Mord- und Anschlagsserie des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ (NSU) um Uwe Mundlos, Beate Zschäpe und Uwe Böhnhardt, welche ungehindert von Sicherheitsbehörden zehn Menschen ermorden und mindestens zwei Bombenanschläge verüben konnten.

Fast täglich werden neue Details über die Verstrickungen der Geheimdienste mit dem NSU und seinem Unterstützer\_innen-Netzwerk sowie über die Praktiken der Polizei bekannt. Das tatsächliche Ausmaß des Beziehungsgeflechtes zwischen Staat und Neonazis ist bis heute noch nicht abzusehen. Es wird gelogen, verschwiegen und vertuscht.

Viele Kritiker\_innen reden von Pleiten, Pech und Pannen. Es wird eine Reform der Geheimdienste angemahnt. Die Demonstration soll aber nicht die Forderung einer Reform an die politischen Verantwortlichen richten. Vielmehr geht es um eine grundsätzliche Kritik an den Behörden. Und um eine Kritik an den gesellschaftlichen Bedingungen, die den ganzen Komplex um den NSU erst ermöglichten.

Darum kann die Forderung nur lauten: Verfassungsschutz auflösen – Rassismus bekämpfen!

Diese Forderung ist natürlich nicht neu. Neu ist jedoch, dass sie auch Unterstützung aus Kreisen von Parlamentarier\_innen und Gewerkschafter\_innen bis ins bürgerliche Spektrum hinein findet.

Warum Köln? Köln ist die Stadt, in der in den Jahren 2001 und 2004 Bombenanschläge durch den NSU verübt wurden. Und Köln ist auch die Stadt, in der die rassistischen Ermittlungen der Polizei die Opfer und ihre Angehörigen (wie in anderen Städten auch) ein zweites Mal zu Opfern machten. Daneben sind in Köln die beiden Geheimdienste „Militärischer Abschirmdienst“ (MAD) und das „Bundesamt für Verfassungsschutz“ beheimatet. Daher ruft das Bündnis „Verfassungsschutz auflösen“ zu der Demonstration am 10. November in Köln-Chorweiler auf, dem Stadtteil, in dem der Verfassungsschutz ansässig ist.

## **Folie 3: Entdeckung vor einem Jahr**

Als im November 2011 die Bekenner-DVD des NSU an die Öffentlichkeit gelangte und bekannt wurde, dass es in Deutschland eine Nazi-Gruppe gab, die 13 Jahre lang aus dem Untergrund morden und bomben konnte, waren viele überrascht. Doch Terror von rechts ist nicht neu. 1980 kam es nahezu im Monatsrhythmus zu Sprengstoff- und Brandanschlägen quer durch das Land. Trauriger Höhepunkt: Das Oktoberfest-Attentat mit 13 Toten.

Seit 1990 wurden von unabhängigen Stellen über 180 Todesopfer durch rechte Gewalt in Deutschland gezählt. (**Foto: Ausstellung Opfer rechter Gewalt**) Diese Dimension rechtsmotivierter Gewalt scheint aber nicht ins Bewusstsein der Gesellschaft, der Medien, der Ermittler\_innen gedrungen zu sein.

So wurde auch der nazistische Hintergrund der NSU-Morde ignoriert. Stattdessen wurde Kriminalität bei den als „fremd“ definierten Menschen vermutet. Solche rassistischen Deutungsmuster gibt es nicht nur in den Behörden, sie sind weit verbreitet. Sie sind Ausdruck einer Gesellschaft, die Gruppen hierarchisiert, ihnen Eigenschaften zuschreibt und ihnen unterschiedliche Rechte und Zugänge zu gesellschaftlichen Ressourcen zuteilt. Und die vermeintliche „Ausländer“ oder Migrant\_innen schnell mit Kriminalität in Verbindung bringt.

Doch auch von Antifa-Seite wurde die Mordserie nicht als solche erkannt. Selbstkritisch müssen wir uns hier fragen, warum es so wenig Bereitschaft gab, die polizeiliche Deutung der Morde und die mediale Thematisierung zu hinterfragen. Warum wurde nicht nachgehakt? Warum wurden die Angehörigen nicht gehört? Dabei gab es an einigen Orten schon vor November 2011 Demonstrationen oder andere Initiativen, die vornehmlich von den Opfern, ihren Unterstützer\_innen und/oder migrantischen Communities ausgingen. In Dortmund und Kassel forderten Demonstrierende bereits 2006 „Kein 10. Opfer!“ Doch sie blieben weitestgehend ungehört. Eine Solidarität der (immer noch stark „herkunftsdeutsch“ geprägten) Antifa blieb aus.

#### **Folie 4: Neonazismus 1990er-Jahre**

(Bildrechte: [mail@apabiz.de](mailto:mail@apabiz.de))

Doch zurück zu den 1990er Jahren: War es damals wirklich undenkbar, dass Neonazis den bewaffneten Kampf aufnehmen könnten?

Zumindest erklärten die Behörden immer wieder gegenüber der Öffentlichkeit, dass sie keine Anzeichen für „rechtsterroristische Bestrebungen“ in der Neonazi-Szene sehen. Sie taten dies, obwohl in den 1990er Jahren bei Razzien teils große Waffenarsenale in der Szene entdeckt wurden und es gerade bei der „Kameradschaft Jena“, der Gruppe der die drei NSU-Haupttäter\_innen angehörten, deutliche Anzeichen gab, dass diese sich auf Anschläge vorbereitet.

Die drei zentralen NSU-Täter\_innen - Beate Zschäpe, Uwe Böhnhardt, (**siehe Foto rechts**) und Uwe Mundlos - waren seit Anfang der 1990er Jahre Neonazis und bewegten sich in der Szene von Jena. Zschäpe tauchte das erste Mal 1995 in den Akten der Behörden auf, als sie eine rechte Demonstration in Jena anmeldete, die allerdings untersagt wurde. Die drei betätigten sich in der Gruppe „Anti-Antifa-Ostthüringen“, aus der 1997 der „Thüringer Heimatschutz“(THS) entstand, der schnell zur wichtigsten Gruppe im Bundesland mit über 100 Mitgliedern avancierte. Auch wichtige Unterstützer wie der noch inhaftierte Ralf Wohleben (**siehe Foto links**) waren im THS organisiert. Vor allem Böhnhardt ist unter linken Jugendlichen als brutaler Schläger bekannt.

#### **Folie 5: Naziterror**

Die rassistischen Mobilisierungen und Angriffen (Hoyerswerda, Rostock) in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung verschafften der Neonazi-Szene Auftrieb und Zulauf. Ende der 1990er Jahre gab es in alle Regionen Ostdeutschland regional verankerte und organisierte Neonazi-Szenen, die sich als Bewegung verstanden. Die politische Sozialisation des NSU erfolgte in den neonazistischen Milieus der 1990er-Jahre in Thüringen, die sich verfestigen konnten, ohne nachhaltige Sanktionierungen fürchten zu müssen.

Nachdem Mitte des Jahrzehnts wichtige Neonazigruppen verboten wurden (FAP, Die Nationalen e.V.) diskutierte die Szene mehrere Optionen, wie der politische Kampf weitergeführt werden sollte. Neben dem Organisationsmodell der Freien Kameradschaften wurde auch über den Eintritt in die NPD sowie über die Möglichkeit des bewaffneten Kampfes gesprochen. Inspiriert wurden die Neonazis durch rechtsterroristische Anschläge in Skandinavien, den USA oder England. In Szenefanzines wurde das Konzept des „führerlosen Widerstands“ von kleinen Zellen, die Bombenanschläge und Hinrichtungen praktizieren, vorgestellt. Die in Magazinen von „Combat 18“

oder dem sog. „Field Manuel“ von „Blood & Honour“ (**s. Bild**) empfohlene Vorgehensweise für rechten Terror liest sich wie eine Blaupause für die Taten des NSU.

## **Folie 6: NSU**

(Bildrechte: [apabiz.de](http://apabiz.de))

Bevor die drei Neonazis im Jahr 1998 „abtauchten“, verübten sie die ersten Taten, die einiges ihrer späteren Entwicklung erkennen lassen:

Im April 1996 wurde ein Puppenkorso mit Davidstern und Schild (Aufschrift „Jude“) an einer Autobahnbrücke gefunden. Zwei Kabel verbanden die Puppe mit einer Bombenattrappe. Für die Tat wird Uwe Böhnhardt 1997 zu einer Jugendhaftstrafe verurteilt, die er allerdings nie antritt. Im September 1996 platzierten Neonazis im Jenaer Fußballstadion eine Bombenattrappe in einer roten Holzkiste mit aufgemaltem Hakenkreuz. Zur Jahreswende 1996/1997 verschickten sie Briefbombenimitate, u.a. an den Thüringischen Innenminister und den Vorsitzenden des Zentralrats der Juden. Ein beigelegtes Schreiben drohte: *„Von Lüge und Betrug / haben wir genug! / Das wird der letzte Schwindelscherz sein. / Ab 97 haut es richtig rein!!!“*

Es folgten im September 1997 weitere Kofferbombenattrappen (**im s/w Bild: roter Koffer mit Hakenkreuz**) auf dem Theaterplatz Jena und im Dezember 1997 auf dem Nordfriedhof Jena unter dem Denkmal für die Opfer des Faschismus. Im November 1997 wurde im Keller eines von Portugies\_innen bewohnten Hauses ein Sprengsatz entdeckt, der wegen einer Störung des Zünders nicht detonierte. Während die ersten Taten alle den NSU-Mitgliedern zugeschrieben werden können, kann dies bei der Bombe im Haus der Portugies\_innen nicht mehr sicher gesagt werden.

Dies alles geschah unter den Augen der Behörden. Erst im Januar 1998 fand die Polizei die angemieteten Garagen, die als Bombenwerkstatt dienten. Der Einsatz verlief mehr als dilettantisch. Böhnhardt, der zu Beginn der Durchsuchungsaktion anwesend war und der Polizei den Weg zu den Garagen zeigte, konnte sich einfach vom Ort entfernen. Er und die anderen drei tauchten ab, während die Polizei in der Garage vier fertige Rohrbomben, 13, Kilo TNT, Propagandamaterial, ein rassistisches Manifest der „Kameradschaft Jena“ und eine Adressliste fand, auf der viele der späteren Unterstützer\_innen verzeichnet waren. Erst zwei Tage nach den Durchsuchungen wurde ein Haftbefehl gegen die drei erlassen. Die weiteren Polizeiermittlungen waren von Pannen und Fehleinschätzungen geprägt. Mehrfach hatten Geheimdienste Informationen zum Aufenthaltsort der Gesuchten oder deren Unterstützer\_innen, sie gaben diese aber nicht oder zu spät weiter. Quasi unter den Augen der Behörden machten Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe ab 1998 in der Illegalität weiter.

Trotz der Vorgeschichte der drei, den Bombenfunden und der aktiven Neonazi-Szene wurde an der Einschätzung rechtsterroristische Strukturen gebe es nicht, festgehalten. In einem Papier hieß es 1998: *„Nach Auffassung der zuständigen Staatsanwaltschaft handelt es sich bei dem Hauptverdächtigen Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe um Einzeltäter, die die Straftaten weder für noch im Namen der beiden Gruppierungen oder einer eigenes gegründeten Gruppierung begangen haben.“* Die Einschätzung wird bis Ende 2011 bestehen bleiben. Zu keinem Zeitpunkt wurden die drei Untergetauchten von der Polizei mit ihrer im Jahr 2000 startenden Mordserie oder ihren zahlreichen Banküberfällen in Verbindung gebracht. 2004 hieß es in einem Papier „Nur für den Dienstgebrauch“ des Bundesamtes für Verfassungsschutz zur „Gefahr eines bewaffneten Kampfes deutscher Rechtsextremisten“ über die Bombenwerkstatt von Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe: *„Hinweise dafür, dass mittels der sichergestellten Rohrbomben konkrete tatsächliche Anschläge geplant waren, liegen nicht vor.“*

2003 wurden dann sämtliche Asservaten von den drei Untergetauchten vernichtet, weil die Straftaten, wegen denen sie gesucht wurden, nach fünf Jahren verjährt waren. Nun fehlen zum Beispiel die Rohrbomben, die die Nazis 1998 gebaut haben und die Polizei sichergestellt hatte. Nach der Verjährung wurde nicht weiter nach den NSU-Nazis gefahndet.

## **Folie 7: V-Mann Brandt und THS**

(Bildrechte: [peter-juelich.com](http://peter-juelich.com))

Die NSU-Täter\_innen stützten sich nach ihrer Flucht auf Kontakte der Szene, um unterzutauchen, Geld und falsche Papiere zu erhalten. Unterstützung erhielten sie aus den Kameradschaftsstrukturen des „Thüringer Heimatschutzes“ und dem „Blood and Honour“-Netzwerk.

Im THS waren bis zu 40 Personen als V-Leute tätig, die dem Verfassungsschutz und anderen Dienste für Bares Bericht erstatteten. Zeitweise waren bis zu einem Drittel der Mitglieder bezahlte Spitzel des Staates. Der wichtigste war der V-Mann Tino Brandt, Führer des THS und späterer NPD-Vize in Thüringen. Er gab nach seiner Enttarnung 2001 an, insgesamt 200.000 Euro staatliche Gelder erhalten zu haben, die er zu großen Teilen in die Szene gesteckt habe. Der Thüringische Inlandsgeheimdienst hatte in den 1990er ein Budget von 2 Millionen für V-Leute. Klar ist, ohne das Geld vom Staat hätte der „Thüringische Heimatschutz“ nicht in der Form aufgebaut werden können.

Über diese V-Leute bekamen die Dienste auch Informationen über die Untergetauchten. Nach Informationen der „taz“ gehen die Ermittler\_innen zurzeit von 100 Personen aus, die sie verdächtigen Teil des Unterstützerkreises gewesen zu sein. Neben NPD-Kader finden sich auf der Liste fünf langjährige V-Leute.

Über THS-Anführer Tino Brandt wurde offensichtlich vom Verfassungsschutz versucht, Gelder an die terroristische Struktur weiterzuleiten, damit diese sich falsche Pässe besorgen könnten. Sicher ist auch, dass der Neonazi Thomas S. für den NSU den Sprengstoff besorgt hatte. Er war als V-Mann in den Diensten des Berliner LKA und soll dem LKA fünfmal Informationen zum Aufenthaltsort des Trios genannt haben. Was mit den Informationen geschah ist wie so vieles unklar.

Dass Teile der Geheimdienste also mehr über die Gesuchten und ihre Taten wussten, als sie ermittelnden Polizeibehörden und der Öffentlichkeit mitgeteilt haben, ist ein nahe liegender Verdacht.

## **Folie 8: Die V-Mann-Problematik**

(Bild: screenshot)

An den V-Leuten (**im Bild: Satire im ZDF**) zeigt sich ein ganz grundsätzliches Problem der Arbeit des Verfassungsschutzes. V-Leute sind angeworbene Neonazis, die gegen Geld Informationen verkaufen. Sie sind keine „Agenten des Rechtsstaat“ oder eingeschleuste Beamte\_innen. Die V-Leute haben sich aus unterschiedlichen Motivationen entschlossen, mit den Geheimdiensten zusammen zu arbeiten. Die rechte Szene ist von diesen staatlich bezahlten Spitzeln förmlich durchsetzt. Auch am Umfeld des NSU waren V-Leute der verschiedensten Dienste tätig. Die Dienste sind daran interessiert, ihre Quellen zu schützen. Deswegen warnen sie sie vor Polizeiermittlern, decken ihr kriminelles Handeln und schützen ihre Identität gegenüber der Polizei, der Öffentlichkeit und den sie eigentlich kontrollierenden Parlamentarischen Kontrollkommissionen. Über seine bezahlten Spitzel hat der Verfassungsschutz die Neonazi-Szenen über Jahre alimentiert, geschützt und gestärkt anstatt sie zu schwächen. Mit dem V-Leute-System, so schreibt der Bürgerrechtler Rolf Gössner, sei der VS „*selbst Teil des Neonazi-Problems geworden, jedenfalls konnte er kaum etwas zu dessen Lösung oder Bekämpfung beitragen.*“

Die Liste der Skandale mit diesen Spitzeln ist lang. Auch im Fall des NSU zeigt sich: Trotz des Willens in den Untersuchungsausschüssen die Verstrickungen von V-Leuten und Diensten

aufzudecken, man stößt gegen eine Mauer des Schweigens und einer Praxis des Vertuschens. Der ganze Umfang des Skandals wird sich wohl nie aufklären lassen.

So viel scheint nur festzustehen: Aus welchen Gründen auch immer, die Geheimdienste haben die gesuchten Neonazis nicht finden wollen bzw. sie waren nah an ihnen dran, aber diese Informationen wurden nicht an die Polizei weitergegeben. Zudem zog jedes Amt eine eigene Linie durch, schützte die eigenen V-Leute um jeden Preis und verteidigte eifersüchtig das eigene Wissen. Profitiert haben davon vor allem die Neonazis. Und da dieses Handeln kein Versehen war, sondern Teil eines Musters wie Geheimbehörden arbeiten, war es auch kein einmaliger Ausrutscher sondern ist systemimmanent und wird sich ähnlich wiederholen. Ein Geheimdienst lässt sich nicht kontrollieren.

Doch die zwielichtige Rolle der Geheimdienste ist nur eine Seite des Problems. Für uns folgt daraus, dass wir die sofortige Abschaffung des Verfassungsschutzes fordern. Das zweite große Problem im Zusammenhang mit den Verbrechen des NSU ist aber die Ermittlungspraxis der Polizei

### **Folie 9: Rassistische Ermittlungen der Polizei**

(Bild: A.Savin, creative common)

Auch die Polizei tat alles dafür, dass die Taten des NSU nicht aufgeklärt werden konnten. Bei fast allen Anschlägen und Morden wurden rassistische Hintergründe von Anfang an negiert, obwohl die Angehörigen der Opfer immer wieder auf ein solches Motiv verwiesen hatten.

Die Ermittler\_innen waren fest davon überzeugt, es mit migrantischen Täter\_innen im Bereich Schutzgelderpressung, Drogenhandel oder organisierter Kriminalität zu tun zu haben. Nach dem Bombenanschlag in der Kölner Keupstraße 2004 (**hier im Bild**), bei dem 22 Menschen zum Teil schwer verletzt wurden, schlossen der damaligen Innenminister Otto Schily (SPD) und sein NRW-Kollege und Parteifreund Fritz Behrens einen „fremdenfeindlichen Hintergrund“ sogleich kategorisch aus. Schily erklärte dies schon einen Tag nach dem Anschlag, zu einem Zeitpunkt, an dem die Spurensicherung noch nicht einmal den Tatort verlassen hatte.

Einige Wochen nach dem Anschlag tauchte in einer Kölner Straßenbahn ein Flugblatt auf, das gegen die Bewohner\_innen der Keupstraße hetzte, den Anschlag als „Zeichen von Protest“ bezeichnete und mit den Worten „Deutsche wehrt Euch!“ endete. Dieses eindeutig rassistische Flugblatt verschwand mit dem Vermerk in den Akten, dass es sich auch um eine linke Veröffentlichung handeln könnte.

Heute muss der Eindruck entstehen, dass bewusst nicht in Richtung Neonazismus ermittelt wurde: Nach dem Mord an İsmail Yaşar am 5. Juni 2005 in Nürnberg hatten Zeugen zwei Männer auf Fahrrädern gesehen. Es gab ein Phantombild, das große Ähnlichkeiten mit dem 2004 in Köln erstellten Bild aufwies. Ein möglicher Zusammenhang wurde jedoch nicht weiter verfolgt. Einer Spur in der Schweiz, wo ein Waffenhändler offenbar das Modell verkauft hatte, mit dem der NSU später die Morde beging, wurde gleichermaßen nicht nachgegangen, weil hinter den Täter\_innen „Ausländer“ vermutet wurden.

Stattdessen ließen die Behörden die Telefone der Opfer und ihrer Angehörigen abhören, setzten verdeckte Ermittler\_innen ein und luden die Anwohner\_innen immer wieder zu Verhören vor. So standen die Betroffenen jahrelang unter dem Verdacht, selbst schuld daran gewesen zu sein, dass sie Opfer eines Verbrechens geworden waren.

Alle Hinweise, die auf ein rassistisches Tatmotiv deuteten, wurden nicht verfolgt bzw. es wurden diejenigen zurückgepfiffen, die in diese Richtung ermitteln wollten. Dabei handelt es sich nicht um eine Serie von Versäumnissen, reine Blindheit oder Ignoranz. Vielmehr steckt dahinter ein Apparat, der Kriminalität zuerst bei den als „fremd“ definierten Menschen vermutet und dabei weit verbreiteten rassistischen Deutungsmustern folgt.

## **Folie 10: Verherrlichung des NSU in neonazistischen Kreisen**

Nach dem Bekanntwerden des NSU feierte ein Teil der Szene den nazistischen Terror ab. Beispielsweise das AB Mittelrhein mit ihrer Einladung zu einer Sylvesterparty im braunen Haus – eine Art „Hauptquartier“ der Organisation, gegen deren Mitglieder inzwischen wegen § 129 (kriminelle Vereinigung) ermittelt wird. Oder das zynische T-Shirt Killer-Döner des Internetversandes "Reconquista" (**siehe Foto links**)

Bereits 2010 hatte die Neonazi-Band „Gigi & Die braunen Stadtmusikanten“ (**siehe Foto**) mit dem "Döner-Killer Song" auf dem Album "Adolf Hitler lebt!" auf die mutmaßlichen NSU-Morde Bezug genommen. Bei Gigi handelt es sich um ein Projekt von Daniel „Gigi“ Giese aus Meppen. Diskutiert wird nun insbesondere die Frage, ob der Verfassungsschutz zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der CD bereits hätte annehmen müssen, dass es sich bei der Mordserie um rechtsextremistisch motivierte Taten handelte.

Teile der Neonazi-Szene haben die Morde also durchaus richtig zu deuten gewusst

## **Folie 11 Historische Kontinuitäten**

(Bild: Rufus46, creative common)

Genauso wenig wie bei der Polizei kann das Agieren des Verfassungsschutzes allein mit Informationsdefiziten, Inkompetenzen oder Schlampereien erklärt werden. Die Kumpanei mit Neonazis rührt aus einer autoritären undemokratischen Behörde mit einem entsprechend strukturierten Beamtenapparat.

Zum Ersten lässt sich dies mit historischen Kontinuitäten des Inlandsgeheimdienstes begründen, dessen Aufbau maßgeblich von ehemaligen Gestapo-Beamten und anderen Nazis mit betrieben wurde. Ihren Auftrag sahen die Staatsdiener dementsprechend vornehmlich in der Abwehr einer Gefahr von Links.

Zum Zweiten war in Zeiten des Ost-West-Gegensatzes den Geheimdiensten nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen europäischen Ländern, so gut wie jedes Mittel recht. Dazu gehörten die Finanzierung, Ausrüstung und Ausbildung rechtsterroristischer Gruppen. Diese führten beispielsweise Bombenanschläge durch, die dann linken Gruppen in die Schuhe geschoben wurden, um so die „antikommunistische Stimmung“ weiter aufzuheizen. Trauriger Höhepunkt dieser „Strategie der Spannung“ war der Bombenanschlag auf den Bahnhof von Bologna im August 1980, bei dem 85 Menschen starben. Keine zwei Monate später verloren beim Oktoberfest-Attentat, dem schwersten Terroranschlag der deutschen Nachkriegsgeschichte, 13 Menschen ihr Leben. Auch bei diesem von Neonazis durchgeführten Anschlag gibt es deutliche Hinweise, dass Geheimdienste und Sicherheitsbehörden von der Tat gewusst haben, wenn nicht sogar an der Planung beteiligt waren. (**im Bild: Erinnerung an das Oktoberfest-Attentat 2005**)

Aktuelle Beispiele, wie die offene Zusammenarbeit zwischen Sicherheitsorganen und militanten Neofaschist\_innen in Griechenland, zeigen zudem, wie im Zeichen schwerer wirtschaftlicher und sozialer Krisen solche Allianzen schnell an Bedeutung gewinnen können.

## **Folie 12: VS: Kampf gegen Links**

Zum Dritten ist die Ausrichtung der Geheimdienste aber auch jenseits dieser historischen Perspektive auf den Kalten Krieg inhaltlich vorgegeben: Aufgabe eines jeden Geheimdienstes ist

es, Macht- und Herrschaftsstrukturen zu sichern. In einer kapitalistisch verfassten Gesellschaft sind diese vornehmlich von denjenigen bedroht, die bestehende Eigentumsverhältnisse und das ökonomische System als Ganzes in Frage stellen, sprich: Die radikale Linke. Neonazis werden hingegen erst dann als Gefahr ausgemacht, wenn das Image Deutschlands bei Investoren leidet und der Standort bedroht ist.

Wie der Verfassungsschutz gegen die Linke vorging und gleichzeitig die Gefahr der extremen Rechte ignorierte, zeigt das Beispiel Thüringen. Präsident des VS Thüringen war Helmut Roewer der 1994 ernannt und 2000 vom Innenminister suspendiert wurde (**im Bild: sein kürzlich erschienenenes Buch „Nur für den Dienstgebrauch“**) In seiner Amtszeit wurde der HERON-Verlag als Tarnunternehmen gegründet. Er trat unter dem Namen Stephan Seeberg als Geschäftsführer auf und ließ gleichzeitig dem Verlag aus dem Etat des Landesamtes Gelder zukommen.

In seine Amtszeit fällt auch die großzügige Alimentierung des bereits erwähnten V-Mann Tino Brandt. Roewer ließ sein dienstliches Tagebuch „Monat im Amt“ in den Monatsberichten der Behörde abdrucken. Darin war z.B. im September 1998 zu lesen: *„Weimar, Theaterplatz am Nachmittag: Einige Jugendliche hängen rum und trinken Bier aus Büchsen. Aber wo sind die von der Presse gefeierten Nazis.“* Nachdem es schon Bombenfunde bei Neonazis gegeben hatte und schließlich eine Bombe bei einem nazistischen Bastler explodierte, notierte Roeder: *„Ein gefährlicher Spinner [...] eine Verbindung nach rechts ergibt sich nicht.“* Auch in anderen Beiträgen wurden Neonazis als aufgebauschtes Problem dargestellt.

Auf der anderen Seite wurde die aus gewerkschaftlichen Kreisen initiierte Landesarbeitsgemeinschaft Antifa überwacht. Eine Demonstration des Gewerkschafter Lucifero gegen Rechts beschrieb Roewer so: *„eine Kampagne linksextremistischer Politclowns [...], der wie so oft der Realitätsbezug fehlt.“* Wo der eigentliche Realitätsbezug fehlt dürfte inzwischen mehr als deutlich sein.

### **Folie 13: Rassismus als gesellschaftliches Problem (und damit als Sicherheitsbehördenproblem**

Doch sowohl die Darstellung der historischen Kontinuitäten wie auch der extremismustheoretischen Deutungsmuster des VS reicht als Erklärung des NSU-Komplexes noch nicht aus. Entscheidend ist, dass sich in den Behörden das in die bundesdeutschen gesellschaftliche Strukturen eingewobene Denken widerspiegelt: die Hierarchisierung verschiedener Gruppen anhand ethnischer Trennlinien, die Ausgrenzungen, die ungleiche Verteilung von Rechten und die weite Verbreitung rassistischer und nationalistischer Einstellungsmuster. So wurde den als „Türken“ wahrgenommenen Opfern und Angehörigen der NSU-Verbrechen beispielsweise wie selbstverständlich ein kriminelles Verhalten zugeschrieben, eben weil der Verdacht bestand, dass sie als Migrant\_innen zu Kriminalität neigten. Ihren Ausdruck findet diese Diskriminierung in Bezeichnungen wie „SOKO Bosphorus“ oder dem durch Polizeikreise kolportierten und von den Medien aufgenommenen Begriff der „Döner-Morde“. Die „Blindheit“ und „Ignoranz“, die im Fall des NSU zutage traten, sind also nicht nur individuelles Fehlverhalten, sondern ein gesellschaftliches Problem.

### **Folie 14: Konsequenzen der Behörden**

Nach Aufdeckung des NSU gab es einen großen Aufschrei. Selbst in der konservativen FAZ wurde diskutiert den Verfassungsschutz aufzulösen. Die Geheimdienste gerieten immer mehr unter Druck, als weitere Versäumnisse und Verfehlungen publik wurden. Die Debatte wurde dann durch die Skandale um vernichtete Akten und Enttarnungen von V-Leuten weiter angeheizt. Schließlich mussten die Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz sowie der Landesämter

Thüringen und Sachsen zurücktreten.

Die Geheimdienst-Vertreter\_innen und die mit ihnen verbundenen Sicherheitspolitiker\_innen (**im Bild: neuer VS-Präsident Maaßen und Innenminister Friedrich**) versuchten daraufhin wieder Raum zu gewinnen. Sie interpretieren das Verhalten der Dienste im NSU-Komplex als Serie von Pannen, die aufgrund mangelnder Vernetzung und einer fehlenden zentralen Datensammlung verursacht wurden. Sie wollen deswegen ihre Kompetenzen ausbauen und Reibungspunkte abbauen. Das ist also die Flucht nach vorn.

Schon im Dezember 2011 nahm in Köln und in Meckenheim ein Gemeinsames Abwehrzentrum gegen Rechtsextremismus (GAR) seine Arbeit auf, das den Austausch zwischen polizeilichen und nachrichtendienstlichen Stellen aus Bund und Ländern verbessern soll. Wenige Monate später wurde die Verbunddatei Rechtsextremismus auf den Weg gebracht, in der alle bekannten „Rechtsextremisten“ aufgeführt werden sollen. Im Ergebnis bedeutet dies, dass die Macht der Dienste weiter gestärkt wird, anstatt sie als Konsequenz aus dem NSU zu beschneiden. Zudem gerät einmal mehr das sog. „Trennungsgebot“ in Gefahr, das Bezug nehmend auf die Erfahrungen mit der Gestapo (Geheime Staatspolizei) im NS fordert, dass die Aufgaben von Polizei und Nachrichtendienste nicht in einer Behörde zusammengeführt werden dürfen. Machtanhäufung und Willkür sollen so minimiert werden.

Diese Politik - den Verfassungsschutz aus der Schusslinie der Kritik zu nehmen und ihm weitere Kompetenzen zuzubilligen - wird nicht nur von konservativen Regierungen getragen. Im Rot-Grün regierten NRW ist eine ähnliche Tendenz festzustellen. Innenminister Jäger will seinen Verfassungsschutz stärken und erklärt ihn als unverzichtbar. Der VS-NRW soll verstärkt in denjenigen Feldern aktiv werden, mit denen sich gute PR machen lässt. Dies sind vor allem das umstrittene Aussteigerprogramm sowie die Bildungsarbeit. Der VS in NRW bietet seit Jahren Lehrerfortbildungen und andere Vorträge an und inszeniert sich als Akteur der politischen Bildung. Auch die bekannten Andi-Comics für Schüler\_innen wurden in NRW entwickelt. Dies ist ein Vordringen des Geheimdienstes in zivilgesellschaftliche Bereiche, das wir vehement ablehnen und das auch von in der Bildungsarbeit tätigen Organisationen kritisiert wird.

Und der Wahnsinn geht noch weiter: Im Jahressteuergesetz 2013 wurde festgelegt, dass ausgerechnet der Verfassungsschutz über die Gemeinnützigkeit von Vereinen entscheiden soll. Werden Vereine nämlich in einem Bericht der Ämter aufgeführt, verlieren sie sofort ihre Gemeinnützigkeit und damit ihre steuerlichen Vorteile, ohne dagegen auf anderem Wege vorzugehen zu können, als gegen die Nennung im Bericht zu klagen – was natürlich lange dauert und teuer ist.

### **Folie 15: Staatliches Vorgehen gegen Rechts**

Politik und Behörden haben nun in vielen Ländern ein „striktes Vorgehen gegen Rechts“ angekündigt: Bei der Polizei in NRW wurden Sonderkommissionen eingerichtet, gegen das Aktionsbüro Mittelrhein (Rheinland-Pfalz) leitete die Staatsanwaltschaft ein § 129-Verfahren ein. Die Kameradschaft Köln wurde verboten, es folgten Razzien und Verbote des Nationalen Widerstand Dortmund (NWDÖ), der Kameradschaft Hamm und der Kameradschaft Aachener Land (KAL). (**im Bild: Schmiererei der Autonomen Nationalisten Pulheim am Pulheimer Bahnhof (bei Köln) als Reaktion auf die Verbote**) Reichlich spät, denn die Angriffe auf Migrant\_innen, Linke und Andere, die nicht in das Weltbild der Neonazis passten, wurden zuvor jahrelang ignoriert oder verharmlost. Die Verbote auf Grundlage einer Verfügung des Innenministers wären schon vor Jahren möglich gewesen.

Dieses öffentlichkeitswirksam in Szene gesetzte staatliche Handeln geschieht weiterhin auf der Folie der Extremismuskonzeption. Dieser Logik zufolge wird eine angeblich demokratische Mitte durch einen „Rechtsextremismus“, einen „Linksextremismus“ und einen „Ausländerextremismus“ bedroht. Trotz NSU betreibt man nach diesem Muster weiter Politik.

Einen aktuellen Höhepunkt stellt die „Vermisst“-Kampagne des Innenministeriums (**im Bild eins von mehreren Motiven**) dar, die im Stil von Vermisstenanzeigen vor der Gefahr warnt, dass Muslime „an religiöse Fanatiker und Terrorgruppen“ verloren gehen. Entsprechende Postkarten wurden kartonweise dort verteilt, wo der NSU 22 Menschen verletzt und viele weitere traumatisiert hatte: auf der Keupstraße in Köln-Mülheim. Vermisst würden vor allem Sensibilität und die Bereitschaft zur Aufklärung der NSU-Taten, so empörte Kritiker\_innen der Kampagne. Erneut werde Muslim\_innen pauschal unterstellt, mit dem Islamismus zu sympathisieren.

Antifaschistische Gruppen werden durch eine Gleichsetzung mit Neonazis nicht nur ideologisch diskreditiert; sie verspüren den Repressionsdruck gleichsam praktisch. Das konnten wir in den letzten Monaten in Köln-Kalk bei Demonstrationen gegen Rechts erleben, die von einem riesigen Polizeiaufgebot verhindert wurden, oder in Münster, wo auf Gegendemonstrant\_innen eingepöbeln wurde. Oder auch beim Antifa-Camp in Dortmund, das – trotz Zusammenarbeit der Veranstalter\_innen mit Stadt und Behörden – kurzerhand just an dem Tag verboten wurde, als die Polizei gegen die Neonazi-Kameradschaften vorging.

Das alles zeigt: Mit diesem Staat ist kein unabhängiger Antifaschismus zu machen. Unabhängige Antifas stören, wenn staatliche Stellen sich als handlungsfähige Streiter gegen Neonazis inszenieren wollen.

### **Folie 16: Warum eine Demo?**

In Köln haben das Bundesamt für Verfassungsschutz wie auch der Militärische Abschirmdienst (MAD) ihren Sitz. Jene Einrichtungen, welche die Offenlegung aller Informationen über den NSU und seine Beziehungen zu V-Leuten verweigern und eine Strategie des Verheimlichens, Vertuschens und Verleugnens verfolgen. (**im Bild: Gebäude des Verfassungsschutzes in Köln-Chorweiler**)

Uns kann es nicht darum gehen, dass die „Pannen“ im System Verfassungsschutz behoben werden und die Behörde reformiert wird, so dass sie ein wenig besser funktioniert. Der Umgang mit dem NSU ist keine Panne im System, es ist vielmehr das System, das versagt – was nun immer offensichtlicher wird. Ein Ausruhen auf einem „haben wir doch schon immer gewusst“ oder einer ständigen Wiederholung eines „Deutsche Polizisten schützen die Faschisten“ kann jedoch nicht unser Ziel sein.

Nun bietet sich die Möglichkeit, es nicht bei einem radikalen Gestus zu belassen, sondern diesen in politisches Handeln zu übersetzen. In den Grundsatzdokumenten vieler radikaler linker Gruppen und Projekten ist die Forderung nach Auflösung der Geheimdienste schon immer verankert. Neu ist, dass diese Forderung auch Unterstützung aus Kreisen von Parlamentarier\_innen und Gewerkschafter\_innen bis ins bürgerliche Spektrum hinein findet. Wir bleiben aber nicht stehen bei der Kritik an einer einzelnen Behörde. Wenn wir als Linke handlungs- und wirkmächtig werden wollen, sollten wir – gemeinsam mit unseren Bündnispartner\_innen – die Auflösung aller Geheimdienste anstreben. Diese Forderung ist auf der einen Seite zwar umsetzbar, auf der anderen Seite aber auch richtungsweisend für eine weiterführende linksradikale Perspektive. Denn die Organisation eines Staates ohne geheimdienstliche Aktivitäten ist schwer denkbar. „Verfassungsschutz auflösen“ kann also bedeuten, gesellschaftliche Widersprüche sichtbar zu machen und Perspektiven auf gesellschaftliche Veränderungen zu geben. Dies kann nicht von heute auf morgen geschehen, sondern ist ein ergebnisoffener Prozess, den wir gemeinsam mit anderen politischen Kräften vorantreiben müssen. Unsere Forderungen mit einer Demonstration nach außen zu tragen, ist für uns ein erster, aber wichtiger Schritt.

*(Hinweis: Hier kann ggf. auf die Unterstützer\_innenliste unter [vs-auflösen.de](http://vs-auflösen.de) verwiesen werden)*

Köln ist die Stadt, in der in den Jahren 2001 und 2004 Bombenanschläge durch den NSU verübt

wurden. Und Köln ist auch die Stadt, in der die rassistischen Ermittlungen der Polizei die Opfer und ihre Angehörigen (wie in anderen Städten auch) ein zweites Mal zu Opfern machten. Viele Gründe auf die Straße zu gehen und unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen.

### **Folie 17: Forderungen**

Für die Offenlegung aller Informationen bezüglich VS/NSU und der Unterstützung von Neonazis durch den Verfassungsschutz und andere Geheimdienste! Für einen Untersuchungsausschuss, in dem alle Menschen dieser Gesellschaft durch Vertreter\_innen ihres Vertrauens Zugang zu allen Informationen haben!

Solidarität mit den NSU-Opfern und ihren Angehörigen! Entschädigung der Betroffenen für die diffamierenden polizeilichen Ermittlungen!

Wir wollen nicht einen reformierten Verfassungsschutz, sondern überhaupt keinen Geheimdienst.

Wir wollen nicht die Polizei etwas weniger rassistisch machen, sondern die rassistischen Verhältnisse überwinden.

*(Hinweis: ggf ausführen und/oder durch eigene Forderungen der jeweiligen Vortragenden ergänzen)*

### **Folie 18: Infos zur Demo und zur Kundgebung**

Der Stadtteil Köln-Chorweiler liegt im Kölner Norden. Mit der S-Bahn (S11) erreicht ihr die Haltestelle Köln-Chorweiler vom Kölner HBF in 13 Minuten. Die S-Bahn fährt alle 30 Minuten. Vom Düsseldorfer HBF fährt ebenfalls die S11 in entgegengesetzter Richtung und braucht 51 Minuten.

Die Kundgebung wird um 14 Uhr auf dem Pariser Platz in Köln-Chorweiler beginnen. Geplant sind mehrere Reden aus unterschiedlichen Bereichen und Musikbeiträge von Microphone Mafia u.a.

*(Hinweis: Dieser Teil muss ggf. ergänzt und auf den neuesten Stand gebracht werden, z.B. EA-Nummer etc.. Ggf. muss für weitere Hinweise noch eine weitere Folie eingefügt werden)*

Weitere Infos unter: [www.vs-aufloesen.de](http://www.vs-aufloesen.de) und [www.antifa-koeln.net](http://www.antifa-koeln.net)

### **Folie 19: Schluss**

Vielen Dank. Wir sehen uns am 10.11. in Chorweiler